

## **Inhaltsprotokoll**

## Öffentliche Sitzung

### **Ausschuss für Mobilität**

5. Sitzung  
30. März 2022

Beginn: 09.10 Uhr  
Schluss: 12.45 Uhr  
Vorsitz: Kristian Ronneburg (LINKE)

#### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Geschäftliches – siehe Beschlussprotokoll.

#### Punkt 1 der Tagesordnung

##### **Aktuelle Viertelstunde**

**Alexander Kaas Elias** (GRÜNE) fragt, wie der Senat den Vorschlag der BVG bewerte, den bundesweiten ÖPNV-Rabatt „9 für 90“ um eine Mobilitätsoffensive u. a. aus Pop-up-Busspuren und autofreien Sonntagen, zu ergänzen.

**Bürgermeisterin Bettina Jarasch** (SenUMVK) antwortet, grundsätzlich begrüße SenUMVK, dass die BVG darüber nachdenke, wie das Vorhaben des Bundes für eine ÖPNV-Attraktivitätsoffensive genutzt werden könne. SenUMVK wolle diese Entlastung zu einer nachhaltigen Aktion machen, sodass Neukundinnen/Neukunden auch nach den drei Monaten beim ÖPNV blieben. Überlegt würden bspw. Einsteigerabos. SenUMVK wolle ein Paket für BVG, S-Bahn und VBB und mit diesen darüber sprechen, wie der ÖPNV noch attraktiver werden könne. Es gebe Vorschläge, die zusätzlich Geld kosteten und nicht kurzfristig umsetzbar seien, aber auch Ideen für die Basics wie Sauberkeit, Pünktlichkeit, Helligkeit von Bahnstationen u. Ä.

**Alexander Kaas Elias** (GRÜNE) stellt die Nachfrage, ob es schon Überlegungen im Senat gebe, wie mit dem Ticketing nach den 90 Tagen weiter verfahren werden könne.

**Bürgermeisterin Bettina Jarasch** (SenUMVK) erklärt, dass sie die Richtung bereits angedeutet habe; überlegt werde ein Einsteigerabo, das länger laufe, aber entsprechende Einsteige-

vorteile enthalte. Auch die bereits vorhandenen Abonentinnen/Abonnten müssten von dem Vorhaben profitieren können. Hier wäre es am einfachsten, das Abo um drei Monate zu verlängern. Die Mehrheit der Verkehrsminister/-innen habe sich für eine kostenfreie Lösung ausgesprochen, weil alles andere bürokratischen und operativen Aufwand mit sich bringe.

**Felix Reifschneider** (FDP) erkundigt sich, wie der Senat die rechtliche Zulässigkeit von Pop-up-Busspuren für die beschleunigte Umsetzung von Busspuren bewerte.

**Bürgermeisterin Bettina Jarasch** (SenUMVK) teilt mit, Pop-up sei eine Methode, um schneller zu werden, der rechtliche Rahmen ändere sich dadurch aber nicht. Die BVG habe Pop-up-Busspuren im Rahmen einer ÖPNV-Attraktivitätsoffensive vorgeschlagen. Entscheidend für Bussonderfahrstreifen sei eine straßenverkehrsbehördliche Anordnung nach § 45 StVO, bei der reguläre oder Pop-up-Sonderfahrstreifen keinen Unterschied machten. Es gehe dann nur um die technische Umsetzung. Angesichts der Belastung und des Abriebs durch die Busse lohne sich ein schnell aufgeklebter oder aufgepinselter Busstreifen nicht. SenUMVK werde nach Absprache mit Bezirken beschleunigt Busspuren umsetzen.

**Felix Reifschneider** (FDP) bittet um Auskunft, wie teuer die bauliche Umsetzung von 100 m Bussonderfahrstreifen ungefähr sei.

**Christian Haegele** (SenUMVK) bekundet, dass er keine belastbare Zahl nennen könne, da er nicht für den Tiefbau, sondern für die straßenverkehrsbehördliche Anordnung zuständig sei. Bei temporären Lösungen müsse immer ein Unterhalt für Kontrollen und Erneuerungen beachtet werden, während dauerhafte Fahrbahnmarkierungen keiner Pflege mehr bedürften.

**Felix Reifschneider** (FDP) äußert die Bitte, die Information schriftlich nachzureichen.

**Bürgermeisterin Bettina Jarasch** (SenUMVK) bemerkt, dass die Frage im Laufe der heutigen Sitzung wahrscheinlich noch durch Fachleute der Abteilung V beantwortet werden könne.

**Stephan Machulik** (SPD) spricht die gestrige Sitzung des Senats mit der brandenburgischen Landesregierung an. Welche Ergebnisse könnten für den Mobilitätsbereich berichtet werden?

**Bürgermeisterin Bettina Jarasch** (SenUMVK) berichtet, in der gestrigen gemeinsamen Kabinettssitzung in Frankfurt/Oder seien viele Themen verabredet worden, u. a. ein Bahngipfel, der voraussichtlich am 3. Juni auf Einladung beider Bundesländer mit Vertreterinnen/Vertretern der Bahn und der Bundesregierung stattfinden werde, um die Schienenstrecken in der Region zu stärken. Es sollte im Interesse des Bundes liegen, dass der Hauptstadtknoten, der bereits stark belastet sei, ausgebaut und nicht überlastet werde. Im Rahmen der i2030-Projekte seien Planungen für den weiteren Ausbau vorbereitet. Bei der Ertüchtigung der Infrastruktur müssten der Bund und die Bahn als Investoren und nicht nur mit Fördermitteln tätig werden. Weitere Themen seien internationale Zugverbindungen nach Polen, die der Entwicklung der gesamten Region zugutekämen und dem Zusammenhalt Europas dienten. Sie hoffe, dass dann auch das Thema Nachtzugdrehkreuz Berlin vertieft werden könne. Außerdem habe sie die brandenburgische Landesregierung gebeten, eine Lösung für das Taxigewerbe am Flughafen BER als gemeinsames Thema zu betrachten, das auch in ihrem Interesse liege.

**Christopher Förster** (CDU) greift auf, dass sich das BMDV für den 17. Bauabschnitt der A100 entschieden habe. Wie bewerte SenUMVK die Entscheidung? Habe im Senat bereits eine politische Abstimmung dazu stattgefunden?

**Bürgermeisterin Bettina Jarasch** (SenUMVK) verweist auf den Koalitionsvertrag, dem zufolge die rot-grün-rote Koalition den 17. Bauabschnitt nicht vorantreiben wolle, denn diese Autobahnplanung stamme aus einer Zeit, in der Berlin eine autogerechte Vorzeigestadt habe werden sollen. Der Senat wolle eine Mobilitätswende und die Klimaneutralität erreichen. Im Hinblick auf das Wachstum der Stadt würden Flächenkonkurrenzen zwischen Wohnungsbau, Grünflächen, Gewerbeflächen, Schulstandorten etc. in den nächsten fünf Jahren ein Hauptthema sein. Angesichts des Flächenbedarfs, der für eine gedeihliche Entwicklung Berlins bestehe, sei der Weiterbau der Stadtautobahn, die als Betonschneise dicht besiedelte Quartiere trenne, nicht opportun. Der Alleingang der Staatssekretärin Kluckert sei irritierend, denn im Koalitionsvertrag auf Bundesebene sei verabredet worden, sich die Projekte des Bundesverkehrswegeplans gemeinsam anzuschauen und zu überprüfen. Dies sei zur A100 nicht passiert.

**Katalin Gennburg** (LINKE) schließt die Frage an, wie man den FDP-Bundesverkehrsminister stoppen und den Weiterbau der A100 verhindern könne.

**Bürgermeisterin Bettina Jarasch** (SenUMVK) regt an, Kontakte zu den jeweiligen Bundestagsfraktionen zu nutzen. SenUMVK werde erneut das Gespräch mit dem Bundesverkehrsminister suchen. Es sei bereits über eine Verkehrslösung für das Ende des 16. Bauabschnitts gesprochen worden, für die, anders als es Staatssekretärin Kluckert dargestellt habe, der Bund zuständig sei. Sie [Rednerin] habe angeboten, den Bund bei einem Verkehrskonzept zu unterstützen, um ein Verkehrschaos am Treptower Park zu vermeiden. Der Bundesverkehrsminister habe in dem Gespräch nicht erwähnt, dass die Ausschreibung der Planung für den 17. Bauabschnitt so schnell erfolge. Auch wenn die Zuständigkeit beim Bund liege, handelte es sich um die erste Autobahn, die komplett an einer Landesregierung vorbei gebaut würde.

**Katalin Gennburg** (LINKE) erkundigt sich nach dem Zeitplan für die Gespräche mit dem Bundesverkehrsminister, die Überarbeitung des Bundesverkehrswegeplans und die Bedarfsmeldung, dass Berlin an dieser Stelle keinen Bedarf habe.

**Bürgermeisterin Bettina Jarasch** (SenUMVK) erklärt, es liege nicht in ihrer Hand, wann die Gespräche zum Bundesverkehrswegeplan erfolgten. Sie gehe davon aus, dass die Berliner Abgeordneten – zumindest von SPD, Grünen und Linken – im Bundestag ein deutliches Interesse daran hätten und fordern würden, dass solche Gespräche rasch stattfänden.

**Harald Laatsch** (AfD) führt an, ein Autobahnring habe nichts mit der autogerechten Stadt zu tun, weil er die Stadt vom Autoverkehr entlaste. Treffe zu, dass die Senatorin den beschleunigten Ausbau des Autobahnringes unter keinen Umständen unterstützen werde?

**Bürgermeisterin Bettina Jarasch** (SenUMVK) betont, dass das Projekt völlig aus der Zeit gefallen sei, keinen Vorteil bringe und keinen rascheren Verkehrsfluss gewährleiste. Es gehe darum, die Verkehrswende schneller voranzubringen, damit die Menschen in der Stadt gut unterwegs sein könnten. Eine Autobahn sei kein Teil der Verkehrswende.

**Harald Laatsch** (AfD) wendet ein, dass eine 3,5-Millionen-Stadt mit 35 km Durchmesser schwer mit einem Fahrrad zu durchkreuzen sei. Man brauche Trassen, auf denen schneller Verkehr mit Fahrrädern, Autos, Fahrkabinen etc. stattfinden könne. Gehe die Senatorin davon aus, dass diese Trasse in Form eines Rings um den Stadtkern Berlins herum – unabhängig vom Verkehrsmittel – gar nicht benötigt werde?

**Bürgermeisterin Bettina Jarasch** (SenUMVK) bejaht, dass man kluge Lösungen und Trassen für den Verkehr brauche. Die Trasse könnte auch genutzt werden, um den Verkehr am Ende der Autobahn allmählich zu verschlanken. Der Autobahnbau sei eine politische Frage, die Berlin mit dem Bund aushandeln müsse. Diese Frage könne nicht über die Trassenführung entschieden werden.

Die Verkehrsminister/-innen hätten sich in der letzten Sonder-VMK mit der Finanzierung von „9 für 90“ befasst. Die Länder brauchten weitere Regionalisierungsmittel vom Bund zur Fortsetzung des Coronarettungsschirms für Verkehrsunternehmen und für den weiteren Ausbau des Schienenverkehrs. Die Erhöhung der Regionalisierungsmittel sei im Koalitionsvertrag auf Bundesebene vorgesehen, aber bislang nicht für den Bundeshaushalt angemeldet worden. „9 für 90“ solle ebenfalls aus den Regionalisierungsmitteln finanziert werden, und zwar lt. Aussage des Bundesverkehrsministers als Add-on. Dafür werde man sich womöglich noch auf allen Ebenen einsetzen müssen.

Es seien Vereinbarungen mit den Bezirken zur beschleunigten Umsetzung von Radwegen und Busspuren geschlossen worden. Es gehe um eine bessere Form der Zusammenarbeit und die gemeinsame Lösung von Problemen. Bei den Busspuren könne eine Sammelausschreibung zur Beschleunigung beitragen. Beim Radwegeausbau wollten neun Bezirke mitmachen. Einige Strecken stünden bereits fest: Boelckestraße, Steglitzer Damm, Allee der Kosmonauten, Berliner/Grunewaldstraße. Bei den Busspuren gehe es um folgende Strecken: Hubertusallee, Kurt-Schumacher-Damm, Spandauer Damm, Britzer Damm, Brunsbütteler Damm, Hildburghäuser Straße. Dies könne ein Beitrag zur ÖPNV-Attraktivitätsoffensive sein.

Das Pilotprojekt zum Laternenladen für E-Autos werde deutlich vorgebracht. Ubitricity habe die Ausschreibung gewonnen und werde vermutlich noch im zweiten Quartal mit der Installation der ersten Ladepunkte – v. a. in Marzahn-Hellersdorf und Steglitz-Zehlendorf – beginnen. Es seien bereits Standorte geprüft worden. Diese müssten so ausgewählt werden, dass Radspuren oder Fußwege nicht behindert würden.

**Kristian Ronneburg** (LINKE) fragt, warum drei Bezirke bisher keine Vereinbarung zur beschleunigten Umsetzung von Radstreifen geschlossen hätten, inwieweit diese Bezirke noch an dem Projekt partizipieren könnten, wie die Ausführung konkret laufen und welche Rolle die InfraVelo dabei spielen werde, welche Aussicht bestehe, dass die Fördermittel des Bundes für das Laternenladen verlängert würden, damit die ursprünglich anvisierten 1 000 Ladepunkte realisiert werden könnten, und inwieweit auch Großsiedlungen davon profitieren sollten.

**Felix Reifschneider** (FDP) bittet um Auskunft, bis wann die vereinbarten Bussonderstreifen umgesetzt und ob dann auch die Ampelschaltungen verändert würden, um den Bussen Vorrang zu gewähren.

**Stephan Machulik** (SPD) erkundigt sich, ob Zeiten für temporäre Busspuren festgelegt würden, wie die Standorte für Ladepunkte in den Bezirken ausgewählt worden seien und wie es zur Ballung der 200 Ladepunkte in den beiden genannten Bezirken komme.

**Christopher Förster** (CDU) fragt, ob Pop-up-Busspuren dauerhaft und nicht nur für wenige Monate eingerichtet würden und wie Anwohner über wegfallende Parkplätze informiert würden, denn viele Menschen, die auf ein Auto angewiesen seien, würden Probleme bekommen.

**Johannes Kraft** (CDU) stellt die Frage, ob Laternenladen in der gesamten Stadt möglich sein werde, denn im Ostteil der Stadt seien viele Lichtmasten tagsüber gar nicht am Netz.

**Bürgermeisterin Bettina Jarasch** (SenUMVK) antwortet, Pankow, Spandau und Lichtenberg machten nicht mit; dies sei die Entscheidung der BzStR, wofür es unterschiedliche Gründe geben möge. Es handele sich nur um das Angebot einer Kooperation, denn die Bezirke seien für Rad- und Busspuren zuständig. Bei den Bussonderfahrstreifen nähmen vier Bezirke die angebotene Hilfe an, vier wollten diese selbst umsetzen. Das Angebot bleibe offen, da man nicht alle Radspuren gleichzeitig umsetzen könne. Die InfraVelo werde die Planung im Auftrag ihres Hauses weitgehend übernehmen sowie die Umsetzung im Auftrag der Bezirke. SenUMVK übernehme die Steuerung. Eine Reihe von Fragen sei noch zu klären, z. B. eine geeignete Information der Anwohner/-innen. Wann die Umsetzung im Einzelnen abgeschlossen sei, könne sie im Moment nicht sagen. Richtig loslegen könne man erst nach Beendigung der vorläufigen Haushaltswirtschaft. Busspuren dauerten erfahrungsgemäß von acht Monaten bis zu mehreren Jahren.

**Christian Haegele** (SenUMVK) ergänzt, die Anordnungen der Bussonderfahrstreifen seien teilweise schon älter. SenUMVK werde diese noch einmal betrachten und aktualisieren. Die jetzt umzusetzenden Maßnahmen seien prinzipiell dauerhaft ohne große bauliche Veränderungen. Bei Radverkehrsanlagen könne sich u. U. eine temporär zu überbrückende Stelle ergeben. Die Anpassung von LSA werde ebenfalls von seiner Abteilung betrieben. Überwiegend werde sich bei den Bussonderfahrstreifen kein Anpassungsbedarf ergeben, weil Busse schon jetzt erkannt würden.

**Bürgermeisterin Bettina Jarasch** (SenUMVK) setzt fort, die ersten 200 Ladepunkte würden mit den jetzigen Fördermitteln realisiert. Die Verlängerung des Projektzeitraums sei beim Bundesministerium bereits beantragt worden, um 800 weitere Ladepunkte realisieren zu können. Sie gehe davon aus, dass diese bewilligt werde, zumal der Bundesverkehrsminister Elektromobilität zu einem seiner Schwerpunktthemen erkoren habe. Ob es Standorte in Großsiedlungen geben werde, könne sie im Moment nicht sagen, aber ggf. eine Information nachliefern. Die Standorte seien bereits überprüft worden. Sie gehe davon aus, dass dies auch für die Frage der Stromverfügbarkeit erfolgt sei. Man fange in den beiden genannten Bezirken an, die weiteren 800 sollten auch in den anderen Bezirken entstehen.

Die Aktuelle Viertelstunde ist beendet.

Punkt 2 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –  
Drucksache 19/0200

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von  
Berlin für die Haushaltsjahre 2022 und 2023  
(Haushaltsgesetz 2022/2023 – HG 22/23)**

[0032](#)  
Mobil  
Haupt(f)

**Hier: Einzelplan 07 Kapitel 0700, 0705, 0730, 0732,  
0770 und Kapitel 0740 mit den Titeln 23102, 23104,  
33190, 52102, 54040, 68228, 68229, 72001, 72002,  
72003, 72211, 72221, 72243, 72701, 72704, 72706,  
72708, 72710, 72714, 72715, 72769, 72770, 72771,  
72772, 72773, 72775, 72778, 72781, 72783, 72785,  
72786, 72787, 82265, 88101, 89115, 89116, 89201  
sowie  
Einzelplan 27 Kapitel 2707 – Aufwendungen der  
Bezirke – Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und  
Klimaschutz – alle Titel mit Bezug zu Mobilität  
(auf Drucksache 19/0200-Anlage)**

– 1. Lesung –

**Vorsitzender Kristian Ronneburg** teilt mit, die vorab eingegangenen Fragen und Berichts-  
anträge der Fraktionen zur ersten Lesung seien in einer Synopse – siehe Anlage zum Be-  
schlussprotokoll – zusammengeführt worden, die dem Ausschuss und dem Senat vorab über-  
mittelt worden sei. Zudem liege die Synopse als Tischvorlage vor und könne auf der Webseite  
des Abgeordnetenhauses unter den Vorgängen des Ausschusses – Vorgangsnummer 0032 –  
öffentlich eingesehen werden. Er verweise auf die am 16. März 2022 beschlossenen Regula-  
rien für die Haushaltsberatungen.

Zum weiteren Geschäftlichen siehe Beschlussprotokoll.

**Bürgermeisterin Bettina Jarasch** (SenUMVK) führt aus, der ÖPNV sei das Rückgrat der  
Verkehrswende und der Schwerpunkt im Haushalt. Nur wenn der ÖPNV gut ausgebaut, at-  
traktiv, zuverlässig, bequem und schnell sei, könne man die Mobilitätswende erreichen. Die  
große ÖPNV-Ausbauoffensive, die bundesweit ziemlich beispiellos sei, werde in diesem  
Doppelhaushalt fortgesetzt. Grundlage sei der Nahverkehrsplan von 2019. Die Ziele seien  
konkretisiert und würden im Doppelhaushalt finanziert. Dies werde zu einem deutlichen Lei-  
stungs- und Qualitätsaufwuchs führen. Die Verkehrsverträge bänden einen großen Teil des  
Etats. Von 2,5 Mrd. seien fast 1,8 Mrd. Euro durch ÖPNV-Ausgaben fixiert.

Der Aufwuchs sei deutlich größer als die 2,5 Prozent basierend auf dem coronabereinigten Ist  
2021, auf die sich die Koalition als „Absprungbasis“ verständigt habe. 2024/25 solle ein aus-  
geglicherer Haushalt vorgelegt werden, bei dem die Ausgaben nicht mehr stärker wüchsen als  
die Einnahmen. Die Aufwüchse bei den Verkehrsverträgen seien vertraglich fixiert, sodass  
sich die Konsolidierungsanstrengungen auf die anderen Titel konzentrierten. Dort sei man an  
manchen Stellen bis an die Schmerzgrenze gegangen. Unter finanzpolitischer Verantwortung

sei dies richtig. SenFin habe verlangt, die PMA aufzulösen. SenUMVK habe konsequent auf die Umsetzbarkeit in den nächsten zwei Jahren abgestellt und radikal priorisiert. Mittel seien dort veranschlagt, wo man gebunden sei oder wisse, dass die Mittel in den nächsten zwei Jahren abfließen könnten. Für neue Infrastrukturprojekte brauche man in den nächsten zwei Jahren Planungskapazitäten, aber noch nicht unbedingt viele Baumittel. Die entscheidenden Mittel würden dann erst im nächsten Doppelhaushalt 2024/25 benötigt. Im Haushalt gebe es auch eine Reihe von coronabedingten Sondereffekten. Allein 332 Mio. Euro würden als Ausgleich für Fahrgeldmindereinnahmen an die Verkehrsunternehmen weitergereicht. Man könne sich mehr Mittel wünschen, wenn man aber das Machbare umsetze, sei dies ein Erfolg.

Die S-Bahn-Flotte werde in den nächsten Jahren nicht nur erneuert, sondern um 30 Prozent auf 1 690 Wagen aufgestockt, sodass man dann neue Linien, dichtere Takte und längere Züge realisieren könne. Einiges werde schon in dieser Wahlperiode zu sehen sein. Das Angebot im Regionalverkehr werde deutlich ausgeweitet; das neue Netz Elbe-Spree solle im Dezember dieses Jahres an den Start gehen. Kapazität und Taktung würden dann auf den auch für Berlin wichtigen Linien RE1, RE2, RE7 und RE8 spürbar ausgeweitet. Auf dem Kernabschnitt zwischen Erkner und Potsdam werde es mehr Fahrten geben. Sie hoffe, dass damit auch der Pendler-/innenverkehr ein Stück weit auf die Schiene verlagert werden könne.

Im Rahmen von i2030 seien in den letzten Jahren viele Planungen für zusätzliche Strecken vorangetrieben worden, damit Fördergelder vom Bund abgerufen werden könnten. Auch hier werde man priorisieren und Systemscheidungen fällen. Parallele Planungen für S-Bahn und Regionalbahn auf derselben Strecke führten irgendwann nicht mehr weiter und kosteten zusätzliche Mittel.

Der BVG-Verkehrsvertrag habe ein Volumen von insgesamt 13 Mrd. Euro. Aus Landesmitteln würden ergänzend Zuschüsse für neue Straßenbahnstrecken, Instandsetzungs- und Sanierungsmaßnahmen gezahlt. Der Busverkehr solle bis 2030 komplett dekarbonisiert, also auf E-Busse umgestellt werden. Außerdem seien U-Bahn- und Straßenbahnmittel für einen rund-erneuerten und vergrößerten Fahrzeugpark fixiert. Bei den BVG-Schienenfahrzeugen gebe es auch Kürzungen, die hoffentlich durch SIWANA-Mittel ausgeglichen werden könnten.

Ähnliche Verabredungen habe man beim Radverkehr, für den man sich ehrgeizige Ausbauziele vorgenommen habe, könne aber in den nächsten zwei Jahren mit den jetzigen Personalmitteln und -kapazitäten in den Bezirken und in der Hauptverwaltung noch nicht so viel bauen. Deshalb seien Mittel zum ÖPNV umgeschichtet worden. Es gebe die Zusage, dass Mittel für die Radwege im nächsten Doppelhaushalt fließen würden.

Es würden Schwerpunkte beim Fußverkehr und bei der Verkehrssicherheit gesetzt. Bei einigen Titeln stünden die notwendigen Mittel 2023 zur Verfügung. Aufgrund der vorläufigen Haushaltswirtschaft 2022 und verzögerter Personaleinstellungen in den Bezirken könnten in diesem Jahr nicht mehr so viele neue Projekte angestoßen werden. Man mache mit der Lastenradförderung sowie Liefer- und Ladezonen für den Wirtschaftsverkehr weiter. Die ausstehenden Kapitel des Mobilitätsgesetzes würden voraussichtlich in den nächsten Monaten eingebracht. Auch ein Integriertes Wirtschaftsverkehrskonzept solle verabschiedet werden. Die Umsetzung, die dann auch Gelder erfordere, werde überwiegend im nächsten Doppelhaushalt stattfinden. Die bauliche Umsetzung sei ein großes Thema für diese Wahlperiode.

Bei der Instandhaltung der vorhandenen Infrastruktur – Uferbefestigungen und Brücken – werde der Investitionsstau der letzten Jahrzehnte sukzessive abgebaut. Die Gelder für Brücken seien gesichert.

Der **Ausschuss** stellt alle zur Beratung überwiesenen Titel zur zweiten Lesung zurück, beschließt die schriftliche Beantwortung der in der Synopse – siehe Anlage zum Beschlussprotokoll – aufgeführten Fragen, soweit diese in der Sitzung nicht bzw. nicht hinreichend mündlich beantwortet seien, und bittet um die Übermittlung der angeforderten Berichte durch SenUMVK in einer Sammelvorlage spätestens bis zum 25. April 2022.

**Bürgermeisterin Bettina Jarasch** (SenUMVK) bittet, mehrere Fragen/Berichtsansträge zu einem Thema jeweils zusammenfassend beantworten zu können.

**Vorsitzender Kristian Ronneburg** erklärt Einverständnis im Namen des Ausschusses.

Darüber hinaus wurde zu folgenden Punkten/Titeln in der Ausschusssitzung ausgeführt:

### **Einzelplan 07 – Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz**

#### **Übergreifend – digitale Parkraumbewirtschaftung**

(Ifd. Nr. 7 der Synopse)

**Felix Reifschneider** (FDP) bittet, in dem von den Koalitionsfraktionen gewünschten schriftlichen Bericht unter Ifd. Nr. 7 auch die Planungen für den Einsatz von Scanfahrzeugen darzustellen. Der genaue Wortlaut seines Berichtsanspruchs werde schriftlich nachgereicht.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

### **Kapitel 0700 – Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz – Politisch-Administrativer Bereich und Service –**

#### **Titel 42260 – Bezüge der Beamtinnen/Beamten für Maßnahmen im Rahmen des Wissenstransfers**

(Ifd. Nr. 22 der Synopse)

**Jörg Pietsch** (SenUMVK) führt aus, bis 2030 verzeichne SenUMVK bis zu 394 Altersabgänge. Es werde viel im Wissensmanagement mit Doppelbesetzungen gemacht. Man versuche, über das duale Studium schon Leute zu binden und Praktikanten heranzuführen. Im Rahmen der Personalentwicklung würden Leute im eigenen Haus nachgezogen.

**Oliver Friederici** (CDU) fragt, inwieweit SenUMVK in den letzten zwei Jahren Personal verloren habe, z. B. an andere Landesbehörden, Bundesbehörden oder Bezirksbehörden. Wenn dazu jetzt keine Ausführungen gemacht werden könnten, bitte er um einen schriftlichen Bericht.

**Ellen Haußdörfer** (SPD) erkundigt sich, wie hoch die durchschnittliche Überlappung der nachbesetzten Stellen beim Wissenstransfer sei und welche Dienstleister außer der VAK für Maßnahmen der Personalentwicklung genutzt werden könnten.



**Jörg Pietsch** (SenUMVK) erklärt, dass die Angaben nachgereicht werden müssten.

**Stephan Machulik** (SPD) wünscht einen schriftlichen Bericht zur lfd. Nr. 22 und den weiteren aufgeworfenen Fragen.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

### **Kapitel 0705 – Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz – Grundsatz –**

#### **Titel 11961 – Erstattung von Steuerbeträgen** (lfd. Nr. 34 der Synopse)

**Dr. Jürgen Krafczyk** (SenUMVK) legt dar, es gehe um die Erstattung der Umsatzsteuer für den Betrieb gewerblicher Art Öffentliche Toiletten, der ungefähr zwischen 500 000 und 1 Mio. Euro Einnahmen generiere. Die Umsatzsteuer dafür müsse abgeführt werden – dafür gebe es einen gesonderten Titel –, werde aber vom Finanzamt rückerstattet. Der erste Rückerstattungsbetrag sei höher, weil dort auch die Errichtung der Toiletten und die Vorjahre berücksichtigt würden. Künftig werde nur noch die Umsatzsteuer für den Betrieb berücksichtigt.

**Oliver Friederici** (CDU) erklärt, dass die Frage unter lfd. Nr. 34 damit erledigt sei.

### **Kapitel 0730 – Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz – Verkehr –**

#### **Titel 11105 – Gebühren nach der Verwaltungsgebührenordnung** (lfd. Nr. 40 der Synopse)

**Dr. Imke Steinmeyer** (SenUMVK) berichtet, die Ist-Einnahmen 2021 hätten 552 584,87 Euro betragen. Die Gebührenerhebung richte sich nach Menge und Inhalt von Anträgen Dritter. Damit könne die Zahl nicht gesteuert werden. Die Einnahmen ergäben sich immer nach Jahresende.

**Felix Reifschneider** (FDP) erklärt, dass die Frage unter lfd. Nr. 40 damit erledigt sei.

**Titel 23190 – Zweckgebundene Einnahmen vom Bund für konsumtive Zwecke**

**Titel 27290 – Zweckgebundene Einnahmen aus dem Ausland für konsumtive Zwecke**

**Titel 28290 – Sonstige zweckgebundene Einnahmen für konsumtive Zwecke**

**Titel 42890 – Entgelte der Tarifbeschäftigten aus zweckgebundenen Einnahmen**

**Titel 54690 – Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen**

**Titel 68390 – Zuschüsse an private Unternehmen aus zweckgebundenen Einnahmen**  
(Ifd. Nr. 49 der Synopse)

**Dr. Imke Steinmeyer** (SenUMVK) stellt dar, dass sich SenUMVK an verschiedenen Forschungsprojekten beteilige bzw. Forschungsprojekte auf EU- oder Bundesebene beantrage. Auf EU-Ebene habe man bspw. Forschungsprojekte, wenn das Forschungsrahmenprogramm Ausschreibungen mache. Das Letzte sei Horizon 2020 gewesen. SenUMVK beteilige sich aktiv an den Interreg-IV-B-Ausschreibungen. In den letzten Jahren seien dort vielfältige Projekte zu europäischen Schienenverkehrskorridoren – Scandria etc. – gelaufen. Der Runde Tisch Oder-Partnerschaft werde über solche Sachen abgewickelt. Die Einnahmetitel hingen immer davon ab, wann es Calls gebe, inwiefern sich SenUMVK in solche Calls einbringen könne und welche Fördersummen bewilligt würden. Korrespondierend würden dann die Komplementärmittel vorgesehen, die das Land Berlin einbringen müsse.

**Vorsitzender Kristian Ronneburg** hält fest, dass die Frage unter Ifd. Nr. 49 damit erledigt sei.

**Titel 33190 – Zweckgebundene Einnahmen vom Bund für Investitionen**  
(Ifd. Nr. 53 der Synopse)

**Dr. Imke Steinmeyer** (SenUMVK) führt aus, ElMobile Berlin sei ein Forschungsprojekt, das jetzt über Bundesförderung länger laufe. SenUMVK habe dabei ein Arbeitspaket zum Thema Laternenladen. Seinerzeit hätten sich zwei Bezirke gemeldet, dass sie am Forschungsprojekt teilhaben wollten. Es gehe um die Frage, inwieweit man Ampelmasten für Ladepunkte nutzen könne und dass Laternenmasten nachgerüstet würden. Über diese Bundesförderung gebe es Einnahmen, um Lichtmasten anschaffen zu können, an denen Ladepunkte ermöglicht würden.

**Vorsitzender Kristian Ronneburg** hält fest, dass die Frage unter Ifd. Nr. 53 damit erledigt sei.

**Titel 54604 – Sächliche Ausgaben für zukunftsorientierte Entwicklungsmaßnahmen**  
(Ifd. Nr. 107 der Synopse)

**Dr. Imke Steinmeyer** (SenUMVK) merkt an, dass es sich um den korrespondierenden Ausgabentitel mit Landesmitteln für Projekte im Rahmen von Interreg, den Runden Tisch Oder-Partnerschaft, europäischen Schienenfernverkehr etc. handele.

**Vorsitzender Kristian Ronneburg** konstatiert, dass die Fragen unter Ifd. Nr. 107 schriftlich beantwortet würden.

**Titel 54690 – Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen**

(Ifd. Nr. 109 der Synopse)

**Dr. Imke Steinmeyer** (SenUMVK) berichtet, dass Ist 2021 habe 1 457 316,80 Euro betragen. Die eingestellten Beträge seien Blocker für den Einnahmentitel. Die jeweiligen Werte ergäben sich dann im Haushalt nach den aktuellen Entwicklungen oder bewilligten Projekten.

**Vorsitzender Kristian Ronneburg** hält fest, dass die Fragen unter Ifd. Nr. 109 damit erledigt seien.

[Lüftungspause von 11.07 bis 11.30 Uhr]

**Titel 68353 – Maßnahmen zur Förderung eines öffentlichen Leihfahrradsystems**

(Ifd. Nrn. 121 bis 124 der Synopse)

**Dr. Imke Steinmeyer** (SenUMVK) erläutert, der Vertrag mit nextbike sei im letzten Jahr verlängert worden und laufe bis Mitte 2024. Aktuell gebe es 325 Stationen des öffentlichen Leihfahrradsystems. Ergänzt werde dies um flexible Rückgabazonen, die den gesamten S-Bahnring abdeckten. Der Betreiber sei derzeit dabei, verschiedene vergaberechtskonforme Ergänzungen zum bestehenden System und neue Angebote auch außerhalb des S-Bahnringes zu machen. Konkrete Zahlen könne sie noch nicht liefern. SenUMVK sehe dies grundsätzlich positiv. Es gebe ein qualitativ hochwertiges Angebot, das bestimmten Standards entspreche. Dies sei unabhängig davon, wie viele private Anbieter es noch gebe. Gemäß Auftrag des Hauptausschusses sei SenUMVK dabei, eine Studie zur Neukonzeptionierung des Leihfahrradsystems in Berlin inkl. Ausdehnung auf die Außenbezirke zu machen. Diese sei ausgeschrieben und extern beauftragt. Die abschließenden Ergebnisse würden noch in der ersten Jahreshälfte vorliegen, sodass dann konkrete Schlussfolgerungen für einen neuen Vertrag gezogen werden könnten. Daher sei eine Absicherung für die zweite Jahreshälfte 2024 erforderlich. Es werde im nächsten Doppelhaushalt auf einen Mehrbedarf hinauslaufen.

**Vorsitzender Kristian Ronneburg** konstatiert, dass die Fragen unter Ifd. Nrn. 121 bis 124 schriftlich beantwortet würden.

**Titel 68365 – Zuschuss zur Deckung des Betriebsverlustes des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg GmbH**

(Ifd. Nr. 128 der Synopse)

**Oliver Friederici** (CDU) fragt, ob es noch um das Dienstgebäude am Hardenbergplatz gehe, das der VBB nicht mehr gemietet habe.

**Dr. Imke Steinmeyer** (SenUMVK) antwortet, der VBB habe neue Räumlichkeiten angemietet, wodurch zusätzliche Kosten entstanden seien. Es handele sich um den Gesellschafterbeitrag Berlins, der darauf entfalle. Mehrbedarfe ergäben sich aus Personalkostensteigerungen.

**Oliver Friederici** (CDU) erklärt, dass die Frage unter Ifd. Nr. 128 damit erledigt sei.

### **Titel 81218 – Aufbau und Betrieb eines digitalen Testfelds für automatisiertes und vernetztes Fahren**

(Ifd. Nrn. 151 und 152 der Synopse)

**Dr. Imke Steinmeyer** (SenUMVK) verweist auf Verzögerungen im Projektablauf, sodass man keine Erneuerung der stationären Verkehrsdetektion vornehmen können. Damit habe sich der Projektstart auf 2022 verschoben. Hintergrund sei das digitale Testfeld, das in Reinickendorf existiere und weiter ausgebaut werden solle. Dazu müssten die Roadside-Units ausgetauscht werden. Darüber hinaus werde im Zusammenhang mit dem Aufbau des Testfeldes für den Betrieb der Kommunikations- und Speichereinrichtung und den Betrieb von Technik und Prozessen zur Aufbereitung und Umsetzung der einhergehenden Daten ein externer Dienstleister benötigt. Details zum Projektablauf könne SenUMVK nachliefern.

**Vorsitzender Kristian Ronneburg** hält fest, dass die Frage nach dem Ist von 0 Euro erledigt sei und die anderen Fragen unter Ifd. Nrn. 151 und 152 schriftlich beantwortet würden.

### **Titel 81279 – Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen**

(Ifd. Nr. 158 der Synopse)

**Dr. Imke Steinmeyer** (SenUMVK) legt dar, Grundlage der Kalkulation seien die Anschaffungskosten von etwa 6 000 Euro brutto pro Gerät. Grob überschlagen handele es sich um drei Geräte pro Bezirk. Es gehe um den Ersatz veralteter Geräte und die Anschaffung von Geräten, wo derzeit noch Defizite in der Ausstattung bestünden. In der Vergangenheit habe SenUMVK die Geräte zentral angeschafft. Ausschließlich die Bezirke seien dafür verantwortlich, Standorte für die Dialogdisplays auszuwählen. Sie übernähmen auch die Wartungskosten. Aufgrund des gescheiterten Ausschreibungsverfahrens würden die Mittel den Bezirken, sofern Sie einen Bedarf angemeldet hätten, zur auftragsweisen Bewirtschaftung übergeben, sodass sie diese die Anschaffung selbst vornehmen könnten.

**Harald Laatsch** (AfD) erklärt, dass die Fragen unter Ifd. Nr. 158 damit erledigt seien.

**Kristian Ronneburg** (LINKE) stellt die Nachfrage, wie hoch die Betriebskosten und der Aufwand für die Bezirke seien und warum manche Bezirke davon wenig Gebrauch gemacht hätten.

**Dr. Imke Steinmeyer** (SenUMVK) antwortet, manche Bezirke hätten keine Mittel gehabt, um die Betriebskosten zu übernehmen, und daher von der Übernahme solcher Geräte Abstand genommen. Die Kosten hätten sich auf etwa 75 Euro pro Gerät belaufen. Inwiefern dies nun mit den neuen Geräten anders sei und welche Betriebskosten auf welche Arten von Geräten entfielen, müsste sie bei den Bezirken abfragen und ggf. nachreichen. Die Bezirke hätten in den letzten Jahren auch eigenverantwortlich und mit eigenen Mitteln Geräte angeschafft. Sie hätten daher den besseren Überblick über die Anbieter, die Technik und Kostenentwicklung.

**Vorsitzender Kristian Ronneburg** hält fest, dass die Fragen unter Ifd. Nr. 158 beantwortet seien, aber ggf. noch Informationen nachgereicht würden.

**Titel 89112 – Anteil Berlins am zweigleisigen Ausbau der Stettiner Bahn zwischen Angermünde und Stettin**

(Ifd. Nrn. 167 und 168 der Synopse)

**Oliver Friederici** (CDU) fragt, ob SenUMVK auch Auskunft zu Streckenabschnitten außerhalb Berlins geben könne.

**Vorsitzender Kristian Ronneburg** hält fest, dass SenUMVK dies bejahe und die Fragen unter Ifd. Nrn. 167 und 168 schriftlich beantwortet würden.

**Titel 91903 – Zuführung an die Rücklage nach § 62 LHO –**  
(Ifd. Nr. 175 der Synopse)

**Dr. Imke Steinmeyer** (SenUMVK) teilt mit, das Ist 2021 betrage 31 714 714,38 Euro.

**Felix Reifschneider** (FDP) erklärt, dass die Frage unter Ifd. Nr. 175 damit erledigt sei.

**Zuwendungsbescheide zum ÖPNV-Förderprogramm**  
(Ifd. Nr. 176 der Synopse)

**Oliver Friederici** (CDU) erläutert zur Frage, dass im Haushaltsplan Zuwendungsbescheide zum ÖPNV-Förderprogramm beschrieben würden. Um welche handele es sich dabei? Was sei darunter sachlich zu verstehen? Was sei damit in der Übersicht gemeint?

**Dr. Imke Steinmeyer** (SenUMVK) antwortet, bestimmte Mittel, die aus den Verkehrsverträgen oder den ÖV-Mitteln resultierten, würden der BVG bspw. im Sinne einer Zuwendung an eine AöR übertragen.

**Oliver Friederici** (CDU) erklärt, dass die Frage unter Ifd. Nr. 176 damit erledigt sei.

**Kapitel 0740 – Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz – Tiefbau –**

**Übergreifend**

**Alexander Kaas Elias** (GRÜNE) trägt folgende neue Frage der Koalitionsfraktionen vor:

Wird bei allen Straßenbauprojekten die Infrastruktur für zu Fuß Gehende, Radfahrende, Busse und Straßenbahnen verbessert?

**Lutz Adam** (SenUMVK) führt aus, bei grundhafter Erneuerung bestehender Straßen werde nach den Vorgaben des Mobilitätsgesetzes gebaut, was zu einer Umverteilung der Verkehrsfläche führe, um auch genügend Platz für Radfahrende und ÖPNV zu erhalten. Generell werde bei allen Maßnahmen eine Verbesserung herbeigeführt. Beim Neubau von Straßen erfolge die gesamte Planung nach dem Mobilitätsgesetz mit ausreichendem Verkehrsraum für Zufußgehende und Radfahrende.

**Alexander Kaas Elias** (GRÜNE) erkundigt sich nach Ausnahmen.

**Lutz Adam** (SenUMVK) antwortet, dass es keine Ausnahmen gebe. Es werde nach den Anforderungen des Mobilitätsgesetzes gebaut.

**Vorsitzender Kristian Ronneburg** hält fest, dass die Frage damit erledigt sei.

**Titel 28290 – Sonstige zweckgebundene Einnahmen für konsumtive Zwecke**  
(Ifd. Nr. 177 der Synopse)

**Lutz Adam** (SenUMVK) teilt mit, das Ist 2021 betrage 1,2 Mio. Euro. Es handele sich um Einnahmen infolge von Maßnahmen, wo Kreuzungsträger eine Bestellung gemacht hätten. An der Stelle gehe es um die südliche Rhinstraßenbrücke, die fertiggestellt sei. Die DB AG als Kreuzungspartner habe ein Verlangen geäußert; das Land Berlin habe dieses ausgeführt und erziele nun diese Einnahmen.

**Vorsitzender Kristian Ronneburg** hält fest, dass die Frage unter Ifd. Nr. 177 damit erledigt sei.

**Titel 33190 – Zweckgebundene Einnahmen vom Bund für Investitionen**

**Kristian Ronneburg** (LINKE) trägt folgende neue Frage der Koalitionsfraktionen vor:

Welche Maßnahmen sind mit den Fördermitteln geplant?

**Vorsitzender Kristian Ronneburg** hält fest, dass diese Frage schriftlich beantwortet werde.

**Titel 42831 – Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**  
(Fremdfinanzierung/Zweckbindung/Ausgleichsabgabe)  
(Ifd. Nr. 178 der Synopse)

**Lutz Adam** (SenUMVK) legt dar, das vorläufige Ist 2021 betrage 256 000 Euro. Es handele sich um Beschäftigte, die nicht zur Autobahngesellschaft des Bundes gewechselt seien, aber der Autobahngesellschaft vom Land Berlin gestellt würden. Die Annahmen für 2022/23 – Einnahmen wie Ausgaben – könnten sich ändern, wenn gestellte Personen beim Land Berlin kündigten und direkt zur Autobahngesellschaft wechselten.

**Felix Reifschneider** (FDP) geht davon aus, dass es sich um einen durchlaufenden Posten handele.

**Lutz Adam** (SenUMVK) bestätigt dies. Die Ausgaben des Landes müsse der Bund ersetzen.

**Vorsitzender Kristian Ronneburg** hält fest, dass die Fragen unter Ifd. Nr. 178 damit erledigt seien.

### **Titel 52105 – Unterhaltung von wasserwirtschaftlichen Anlagen in Gebieten Berlins mit hohen Grundwasserständen**

(Ifd. Nr. 182 der Synopse)

**Vorsitzender Kristian Ronneburg** erklärt, dass dieser Titel dem Ausschuss nicht zur Beratung überwiesen worden sei und der Berichtsantrag unter Ifd. Nr. 182 im Nachgang zur Sitzung seitens der Fraktion der FDP zurückgezogen werden solle.

### **Titel 54010 – Dienstleistungen**

(Ifd. Nr. 183 der Synopse)

**Lutz Adam** (SenUMVK) verweist darauf, dass es sich nicht um eine Erhöhung des Ansatzes, sondern um eine Fortschreibung handele. Allerdings gebe es innerhalb des Ansatzes Verlagerungen; Reduzierungen und Erhöhungen glichen sich aus. Die Ist-Ausgabe sei geringer ausgefallen, werde sich jedoch steigern, weil es größere Investitionen für die Einführung des Erhaltungsmanagementsystems Ingenieurbauwerke gebe und der gesamte Wasserbau in GRIS integriert werde, sodass der Ansatz in dieser Höhe verbleiben müsse.

**Oliver Friederici** (CDU) konstatiert, dass die Frage unter Ifd. Nr. 183 damit beantwortet sei.

### **Titel 54040 – Bauvorbereitungsmittel**

**Niklas Schenker** (LINKE) trägt die folgenden neuen Fragen der Koalitionsfraktionen vor:

Warum sind die Ansätze 2022 und 2023 höher als das Ist 2020 bzw. wie begründet die Senatsverwaltung den Mehrbedarf (bitte Projekte tabellarisch mit jeweiligen Kosten auflisten)? Können Restmittel für andere Tiefbaumaßnahmen verwandt werden?

Bitte um Sachstandsbericht zum Vorhaben Gertraudenbrücke.

Bitte um Darstellung der Maßnahmen zum Ausbau der Wuhle inklusive Zeitplan.

Er bitte hierzu um einen schriftlichen Bericht.

**Bürgermeisterin Bettina Jarasch** (SenUMVK) sagt einen schriftlichen Bericht zu.

**Lutz Adam** (SenUMVK) weist darauf hin, dass es sich um einen durchlaufenden Posten handele, der mit Einnahmen in gleicher Höhe versehen werde. Sobald eine Maßnahme im Haushalt sei, erfolge eine Umbuchung, und die Maßnahme werde aus dem 7er-Titel finanziert. Insofern könne man hier keine Mittel verschieben.

**Vorsitzender Kristian Ronneburg** hält fest, dass hierzu schriftlich berichtet werde.

### **Titel 63107 – Ersatz von Ausgaben an den Bund**

(Ifd. Nr. 184 der Synopse)

**Lutz Adam** (SenUMVK) berichtet, nach Bildung der Autobahngesellschaft des Bundes habe SenUMVK nicht alle Leistungen sofort allein übernehmen können. Daher würden die Landes-

tunnel Tiergarten und Schlangenbader Straße von ehemaligen Landes- und jetzigen Bundesmitarbeitenden in der Tunnelleitzentrale mit betreut. Diese Leistung müsse man vergüten, bis dafür eigenes Personal aufgebaut sei.

**Oliver Friederici** (CDU) erklärt, dass die Frage unter lfd. Nr. 184 damit beantwortet sei.

**Titel 68228 – Zuschüsse zur Koordinierung, Vorbereitung und Umsetzung von Radverkehrsprojekten**

**Titel 68229 – Zuschuss an die GB infraVelo GmbH**

**Titel 89115 – Zuschuss zum Bau von Radschnellwegen**

**Titel 89116 – Zuschüsse an die GB infraVelo GmbH zur Durchführung von investiven Maßnahmen zur Verbesserung der gesamtstädtischen Radwegeinfrastruktur**

**Kristian Ronneburg** (LINKE) trägt folgende neue Frage der Koalitionsfraktionen vor:

Warum erhält InfraVelo in den Jahren 2022 (12,4 Mio) und 2023 (13,9 Mio) deutlich weniger Mittel als in 2021 (14,2 Mio), obwohl sie deutlich mehr Radkilometer umsetzen sollen?

**Lutz Adam** (SenUMVK) stellt eine schriftliche Beantwortung der Frage im Rahmen des Berichts zu den Titeln der InfraVelo in Aussicht. Im Übrigen handele es sich hier um eine Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

**Oliver Friederici** (CDU) äußert die Vermutung, dass die Summe für die InfraVelo insgesamt gleich sei, aber die Mittel titelschärfer aufgeteilt würden.

**Vorsitzender Kristian Ronneburg** hält fest, dass hierzu schriftlich berichtet werde.

**Titel 68228 – Zuschüsse zur Koordinierung, Vorbereitung und Umsetzung von Radverkehrsprojekten**

(lfd. Nrn. 185 und 186 der Synopse)

**Niklas Schenker** (LINKE) ergänzt die folgenden neuen Fragen der Koalitionsfraktionen:

Bitte um Aufgliederung des Titelsatzes auf die aufgezählten Maßnahmen.

Warum wurde der Ansatz gesenkt? Würde eine Aufstockung des Titels die fristgerechte Umsetzung der Ziele des Radverkehrsplans befördern?

Wie hoch ist der Mittelabfluss in 2021? Welche Maßnahmen wurden in 2021 umgesetzt? Welche Maßnahmen sind in 2022/2023 geplant?

Reichen diese Mittel zur Umsetzung der Pläne für sichere Radwege an Hauptstraßen in 2022 und 2023?

**Vorsitzender Kristian Ronneburg** hält fest, dass hierzu schriftlich berichtet werde.



**Titel 68229 – Zuschuss an die GB infraVelo GmbH**  
(Ifd. Nrn. 187 und 188 der Synopse)

**Niklas Schenker** (LINKE) ergänzt die folgenden neuen Fragen der Koalitionsfraktionen:

Wie hoch ist der Mittelabfluss in 2021? Welche Maßnahmen wurden in 2021 umgesetzt? Welche konkreten Maßnahmen sind in 2022/2023 geplant?

Bitte um Aufgliederung des Titelansatzes auf die in der Erläuterung genannten Aufgabenbereiche.

Bitte um Bericht zum Wirtschaftsplan, aktueller und geplante Personalstellen, Mittelverwendung und konkret geplanten Projekten der InfraVelo.

Warum wurde der Ansatz verringert? Würde eine Aufstockung des Titels die fristgerechte Umsetzung der Ziele des Radverkehrsplans befördern?

Wie viele Fahrradparkhäuser an welchen Standorten wurden 2020/21 realisiert? Wie viele Fahrradparkhäuser und an welchen Standorten sind für 2022/23 geplant?

**Vorsitzender Kristian Ronneburg** hält fest, dass hierzu schriftlich berichtet werde.

**Titel 72001 – Maßnahmen des Straßenbaus im Zentralen Bereich und im Bereich des Potsdamer/Leipziger Platzes**  
(Ifd. Nr. 189 der Synopse)

**Kristian Ronneburg** (LINKE) ergänzt die folgenden neuen Fragen der Koalitionsfraktionen:

Warum wurde der Ansatz erhöht?

Sind unter den aufgeführten Straßenbaumaßnahmen Projekte, die die Leistungsfähigkeit der Straßen für den motorisierten Individualverkehr erhöhen und welche sind dies ggf.? Mit welcher Zunahme an CO<sub>2</sub>-Emissionen durch motorisierten Verkehr wird ggf. durch die jeweiligen Maßnahmen pro Jahr gerechnet?

**Vorsitzender Kristian Ronneburg** hält fest, dass hierzu schriftlich berichtet werde.

**Titel 72002 – Maßnahmen im Zusammenhang mit Ortsdurchfahrten im Zuge von Bundesstraßen und des Straßenbaus außerhalb des zentralen Bereichs**

**Kristian Ronneburg** (LINKE) trägt folgende neue Fragen der Koalitionsfraktionen vor:

Warum wurde der Ansatz so deutlich erhöht?

Sind unter den aufgeführten Straßenbaumaßnahmen Projekte, die die Leistungsfähigkeit der Straßen für den motorisierten Individualverkehr erhöhen und welche sind dies ggf.? Mit welcher Zunahme an CO<sub>2</sub>-Emissionen durch motorisierten Verkehr wird ggf. durch die jeweiligen Maßnahmen pro Jahr gerechnet?

**Vorsitzender Kristian Ronneburg** hält fest, dass hierzu schriftlich berichtet werde.

**Titel 72003 – Neubau einer Straßenverbindung An der Wuhlheide bis Märkische Allee (Weiterbau der TVO - Tangentialverbindung Ost)**  
(Ifd. Nr. 190 der Synopse)

**Kristian Ronneburg** (LINKE) ergänzt die folgenden neuen Fragen der Koalitionsfraktionen:

Für wie lange ist die Förderung durch die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) gesichert? Wie ist der Mittelabfluss in 2021?

**Vorsitzender Kristian Ronneburg** hält fest, dass hierzu schriftlich berichtet werde.

**Titel 72015 – Ersatz und Umbau von Gasstraßenbeleuchtungsanlagen**  
(Ifd. Nr. 193 der Synopse)

**Lutz Adam** (SenUMVK) führt aus, in diesem Titel seien keine Mittel für die Umrüstung von Gas- in Elektroleuchten veranschlagt, die in Titel 72014 – Neubau von elektrischen Straßenbeleuchtungsanlagen – enthalten seien. Daraus resultiere auch der verhältnismäßig kleine Ansatz. Hier gehe es um die Erhaltung von Gasleuchten in sog. Gasleuchtenerhaltungsgebieten sowie um die Erneuerung einzelner Gasleuchten.

**Felix Reifschneider** (FDP) bittet, die Fragen unter Ifd. Nr. 193 in dem schriftlichen Bericht zur Ifd. Nr. 192 – Titel 72014 – mit zu beantworten.

**Lutz Adam** (SenUMVK) sagt dies zu.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

**Titel 72211 – Neubau eines Straßentunnels von Reichpietschufer bis Heidestraße einschließlich Straßenbrücke über den Landwehrkanal**  
(Ifd. Nr. 194 der Synopse)

**Oliver Friederici** (CDU) bemerkt, es sei rätselhaft, wofür noch Mittel aufgewendet werden müssten, nachdem der Tunnel dem Verkehr vor 16 Jahren übergeben worden sei.

**Lutz Adam** (SenUMVK) erläutert, der Ansatz sei nur noch gering. Man habe hier Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sowie die Ingenieurverträge abrechnen müssen. Es gebe noch Abrechnungsrestleistungen bei Ingenieurverträgen in einem geringen Umfang. Er gehe davon aus, dass dieser Titel letztmalig im Haushalt stehe.

**Oliver Friederici** (CDU) erklärt, dass die Frage unter Ifd. Nr. 194 damit erledigt sei.

### **Titel 72701 – Neubau der Kynastbrücke über Bahnanlagen - Friedrichshain**

**Oda Hassepaß** (GRÜNE) trägt folgende neue Frage der Koalitionsfraktionen vor:

Wie soll die Situation für den Fahrradverkehr an der Kynastbrücke verbessert werden?

**Lutz Adam** (SenUMVK) berichtet, der Ersatzbau der Kynastbrücke sei schon lange abgeschlossen und nur noch mit kleinen Ansätzen wegen der Schlussabrechnung vertreten. Daher seien an dieser Stelle keine Mittel für die Verbesserung des Fahrradverkehrs vorhanden.

**Vorsitzender Kristian Ronneburg** hält fest, dass die Frage schriftlich beantwortet werde.

### **Titel 72850 – Neubau der Schleuse Neukölln sowie brückennaher Uferwände des Neuköllner Schifffahrtskanal im Bereich der Teupitzer-, Treptower-, Wildenbruch- und der Lohmühlenbrücke**

(Ifd. Nr. 198 der Synopse)

**Oliver Friederici** (CDU) bittet, zu den schriftlichen Fragen unter Ifd. Nr. 198 ergänzend zu berichten, welche Maßnahmen in welchen Jahren zu erwarten seien, da sich das Projekt über einen längeren Zeitraum erstrecke, und ob es zu einer Sperrung für den Schiffsverkehr kommen werde, wovon er ausgehe.

**Vorsitzender Kristian Ronneburg** hält fest, dass hierzu schriftlich berichtet werde.

### **Titel 89115 – Zuschuss zum Bau von Radschnellwegen**

(Ifd. Nrn. 199 und 200 der Synopse)

**Niklas Schenker** (LINKE) ergänzt die folgenden neuen Fragen der Koalitionsfraktionen:

Wie hoch ist der Mittelabfluss in 2021? Welche Maßnahmen wurden in 2021 umgesetzt? Für welche Radschnellwege wurden Verpflichtungen in welcher Höhe eingegangen?

Welche Maßnahmen zur Errichtung von Radschnellwegen bedürfen 2022 und 2023 eines Zuschusses des Senates und an wen wird dieser entrichtet?

Wie ist die Zeitplanung zur Verwirklichung der Radschnellwege?

**Vorsitzender Kristian Ronneburg** hält fest, dass hierzu schriftlich berichtet werde.

**Titel 89116 – Zuschüsse an die GB infraVelo GmbH zur Durchführung von investiven Maßnahmen zur Verbesserung der gesamtstädtischen Radweginfrastruktur**

(lfd. Nrn. 201 und 202 der Synopse)

**Niklas Schenker** (LINKE) ergänzt die folgenden neuen Fragen der Koalitionsfraktionen:

Bitte um Begründung der Ansatzhöhung bei niedrigem IST. Kann der Ansatz in dieser Höhe verausgabt werden?

Bitte um Angaben zur Aufteilung des Ansatzes auf die in der Erläuterung genannten Maßnahmen.

Wofür sind die 3 Mio aus dem Innovationsförderfonds konkret geplant?

Wie viele Fahrradparkhäuser und an welchen Standorten sind 2022/23 geplant?

**Vorsitzender Kristian Ronneburg** hält fest, dass hierzu schriftlich berichtet werde.

**Kapitel 0770 – Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz – Integratives Verkehrsmanagement –**

**Titel 28103 – Ersatz von Bewirtschaftungsausgaben**

(lfd. Nr. 206 der Synopse)

**Christian Haegele** (SenUMVK) verweist auf Regelungen in städtebaulichen Verträgen zu Erschließungsgebieten. Wenn bspw. ein Baumarkt an einer Ausfallstraße entstehe, für dessen Anbindung eine LSA gebaut werden müsse, dann trage der Investor die Kosten dafür. Mit dem städtebaulichen Vertrag werde auch die Unterhaltung für einen vereinbarten Zeitraum übernommen, sodass dem Land Berlin keine Kosten entstünden.

**Vorsitzender Kristian Ronneburg** hält fest, dass die Frage unter lfd. Nr. 206 damit erledigt sei.

**Titel 51403 – Ausgaben für die Haltung von Fahrzeugen**

(lfd. Nr. 207 der Synopse)

**Christian Haegele** (SenUMVK) berichtet, es gehe um die drei Dienstkraftfahrzeuge seiner Abteilung, die für die Ortsbesichtigung benötigt würden, und deren Unterhaltung, die bei jedem Kraftfahrzeug erforderlich sei, z. B. Winterreifen, Beklebung mit Sicherheitsfolie u. Ä.

**Vorsitzender Kristian Ronneburg** hält fest, dass die Frage unter lfd. Nr. 207 damit erledigt sei.

**Titel 53111 – Ausschreibungen, Bekanntmachungen**  
(Ifd. Nr. 214 der Synopse)

**Christian Haegle** (SenUMVK) führt aus, Stellenausschreibungen würden wie üblich im Amtsblatt und Onlineportalen des Landes publiziert. Zusätzlich könne es mitunter erforderlich sein, Stellenausschreibungen auch in Zeitungen oder Jobportalen zu veröffentlichen.

**Harald Laatsch** (AfD) bittet um einen detaillierten schriftlichen Bericht.

**Vorsitzender Kristian Ronneburg** hält fest, dass hierzu schriftlich berichtet werde.

**Einzelplan 27 – Zuweisungen an und Programme für die Bezirke**

**Kapitel 2707 – Aufwendungen der Bezirke – Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz –**

**Titel 23190 – Zweckgebundene Einnahmen vom Bund für konsumtive Zwecke**  
(Ifd. Nr. 228 der Synopse)

**Stefan Reepschläger** (SenUMVK) erläutert, es handele sich um einen Platzhalteransatz, hinter dem sich der Anteil des Landes Berlin an den Mautgebühren für Bundesstraßen verberge, soweit sich diese im Land Berlin befänden. Das tatsächliche Ist hänge davon ab, wie viel der Bund an das Land Berlin abführe. Das Geld werde den Bezirken zur Verfügung gestellt, die entsprechende Unterhaltungsmaßnahmen aus Titel 52190 – Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens aus zweckgebundenen Einnahmen – vornähmen. Die Mittel seien auch als Rest übertragbar.

**Vorsitzender Kristian Ronneburg** hält fest, dass die Fragen unter Ifd. Nr. 228 damit erledigt seien.

**Titel 52130 – Unterhaltung des Straßenlandes - Sonderprogramm Straßensanierung**  
(Ifd. Nr. 229 der Synopse)

**Stefan Reepschläger** (SenUMVK) legt dar, die Mittel seien bereits 2021 nicht mehr aus dem Kapitel 2707 gezahlt, sondern den Bezirken innerhalb der Globalsumme zur Verfügung gestellt worden.

**Vorsitzender Kristian Ronneburg** hält fest, dass die Fragen unter Ifd. Nr. 229 damit erledigt seien.

Im Weiteren vertagt zur zweiten Lesung am 11. Mai 2022.

Punkt 3 der Tagesordnung

**Verschiedenes**

Siehe Beschlussprotokoll.